Stadt verhindert 20 Zwangsräumungen

Wohnungsnot Beratungsstelle hilft seit Mai Bedürftigen. Dennoch gibt es auch in Kempten immer mehr Obdachlose und Menschen, die ihre Miete nicht mehr bezahlen können. Studie bei Fachtagung an Hochschule vorgestellt

VON KLAUS KIESEL

Kempten Wohnungslosigkeit kann verkürzt oder verhindert werden, wenn Kommune, Sozialamt und Sozialverbände optimal zusammenarbeiten. Das ist ein Ergebnis einer Studie, die am Freitag an der Hochschule im Rahmen einer Fachtagung vorgestellt wurde. In Kempten gibt es seit einigen Monaten eine „Fachstelle zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit". Sozialreferent Thomas Baier-Regnery sagt: „Wir hatten in den ersten sechs Monaten 70 Beratungen und konnten bereits 20 Wohnungsverluste vermeiden."

Trotzdem gebe es auch in Kempten immer mehr von Obdachlosigkeit Betroffene. Auch der nun vorgestellten Studie zufolge stieg die Zahl obdachloser Menschen in Schwaben sowie die derer, die in Notunterkünften untergebracht werden. Zu diesem Ergebnis kamen Prof. Patricia Pfeil von der Hochschule Kempten und Dr. Marion Müller vom Süddeutschen Institut für empirische Sozialforschung mit der Koordination Wohnungslosenhilfe Südbayern. Sie und ihre Mitarbeiter hatten 32 Landkreise und kreisfreien Städte in Schwaben befragt, wie sie die Lage bei sich einschätzen. Fast alle gaben an, dass „geeigneter Wohnraum und Ressourcen" fehlen. Das hat Folgen: So würden unter anderem Einzelzimmer für Obdachlose teils doppelbelegt, Kurzübernachtungsstellen sowie Obdachlosenunterkünfte viel länger belegt, als vorgesehen.

„Jeder Einzelne, der auf der Straße sitzt, ist einer zu viel."

Sozialministerin Kerstin Schreyer

Die Hauptursache: Menschen mit geringem Einkommen können sich Wohnungen nicht mehr leisten – inzwischen nicht mal mehr, wenn das Jobcenter zwei Monatsmieten vorstreckt. Das führt dazu, dass sie ihre Wohnung verlieren und keine neue finden. „Hier sind die Kommunen in der Pflicht, einen eigenen Wohnungsbestand aufzubauen", fordern die Verfasserinnen der Studie.

Der schwabenweite Trend spiegle sich in Kempten wider – zumal die Stadt einer der 32 Befragten der Studie ist, sagte Sozialreferent Baier-Regnery: „Wir merken, dass Menschen sich auch bei uns immer schwerer tun, Wohnungen zu finden." Es komme zu immer mehr Zwangsräumungen.

Die im Mai in Kempten eingerichtete Fachstelle soll dem entgegenwirken. Nichtsdestotrotz bleibe der Wohnungsmarkt angespannt. Die Stadt betreibe deswegen eine offensive Wohnbaupolitik und wolle vor allem mit den Baugenossenschaften 1300 neue Wohnungen bis 2022 schaffen. Außerdem unterstütze die Stadt Betroffene im „sozialen Rathaus" in der Gerberstraße: „Wir wollen aktiv den Wohnungsverlust vermeiden", sagt Baier-Regnery. So könne die Sozialverwaltung etwa „Mietrückstände übernehmen". Wer bereits seine Wohnung verloren hat, könne übergangsweise eine Unterkunft bekommen. Dort berate man die Menschen, damit sie schnellstmöglich wieder eine Wohnung finden.

Aber wie viele Obdachlose gibt es eigentlich? Aktuelle Zahlen können weder Baier-Regnery noch die Studie oder Johann Fleschhut, stellvertretender Bezirkstagspräsident, nennen. Laut Kerstin Schreyer – die bayerische Sozialministerin referierte bei der Vorstellung der Studie an der Hochschule in Kempten – gibt es „5517 Menschen in Bayern, die keinen Wohnraum haben". Diese Zahl stammt allerdings aus dem Juni 2017. Die Dunkelziffer sei wohl viel höher.

Die Ministerin erinnerte an ein Budget von knapp zehn Millionen Euro: Dieses Geld nehme die Staatsregierung für ihren Aktionsplan „Hilfe für Obdachlosigkeit" und für die Stiftung „Obdachlosenhilfe Bayern" für Kommunen in die Hand. Schreyer will zudem nach der Kommunalwahl Bürgermeister und Landräte nach München einladen und mit ihnen das Thema anpacken.

In Sachen Vernetzung bei der Wohnungshilfe „bekommen wir gerade frischen Wind, da passiert sehr viel, auch hier bei uns", lobte Indra Baier-Müller, Vorsitzende der Diakonie Allgäu, das Sozialministerium. Die Mittel des Freistaats seien aber für ein Jahr begrenzt. „Die Frage ist, wie es danach weitergeht."

Bedürftige haben Anspruch auf Unterstützung

● **Hilfe** Was viele Betroffene, denen der Verlust der Wohnung droht, offenbar nicht wissen: Sie haben laut Gesetz (Paragraf 67 des Sozialgesetzbuches) Anspruch auf persönliche Beratung und Unterstützung. Für deren „ordnungsrechtliche Unterbringung" ist laut Jörn Scheuermann von der Koordination Wohnungslosenhilfe Bayern zwar die Kommune zuständig. Um Wohnungslosigkeit zu verhindern, bedürfe es aber eines „komplexen Schnittstellen-Managements" zwischen Kommune, örtlichem Sozialhilfeträger und freier Wohlfahrtspflege. Das ist auch ein Ergebnis der Studie.

● **Online** Damit Bedürftige wissen, bei wem sie Hilfe vor Ort bekommen, und sich über Beratungsmöglichkeiten austauschen können, hat die Wohnungshilfe Bayern ihr Internet-Portal überarbeiten lassen. Die neue Version geht demnächst online unter:

» **www.wohnungslosenhilfe-bayern.de**